

Lebenslagen junger Geflüchteter: Gestaltungsoptionen kommunaler Vernetzung zwischen Bildung und Integration

Marina Ruth

Austauschtreffen der SE-Berater*innen für die Grundschulen und die weiterführenden Schulen in den Städten des Kreises Recklinghausen

09.11.20, Recklinghausen

- 1) Integration als Querschnittsaufgabe
- 2) Junge Geflüchtete zwischen Integrations- und Migrationspolitik
- 3) Zentrale Rechtskreiswechsel
- 4) Der Übergang Schule-Ausbildung-Beruf
- 5) Bildung und Integration: Erfolgsfaktoren für die kommunale Vernetzung
- 6) Corona – Neue Herausforderungen
- 7) Diskussion

Projekt „Schnittstellen in der Sozialpolitik: Differenzierung und Integration in der Absicherung sozialer Risiken“ (SoPoDI)

Laufzeit: 05/2017-09/2019

Gefördert im Rahmen des FIS-Netzwerks durch das BMAS

Gefördert durch:



Fördernetzwerk
Interdisziplinäre
Sozialpolitikforschung



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Analyse von zwei exemplarischen Exklusionsrisiken deren Schnittstellenproblemen und Bearbeitungsstrategien:

- Übergang Schule-Ausbildung von Jugendlichen in schwierigen Lebenssituationen
- Gefährdete Erwerbsfähigkeit von älteren Arbeitnehmer*innen

Diffusion



Verteilte oder nicht eindeutig zugeordnete Zuständigkeiten; Thema ist für keine Institution Kernaufgabe

Risiko:

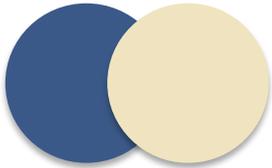
Die Angewiesenheit integrationspolitischer Akteure auf Akteure weiterer Politikfelder (Schule, Arbeitsmarktpolitik, Jugendhilfe) kann dazu führen, dass die integrationspolitischen Ziele vernachlässigt werden.

→ Problem **Problemverschiebung auf Betroffene**

Relevante Themenfelder und zugehörige Institutionen für die jungen Geflüchteten und ggf. deren Familien

- Aufenthaltstitel: Ausländerbehörde, BAMF
- Wohnen: Gemeinschaftsunterkunft, Wohnungsamt, Stellen für Wohnungslose
- Schulbildung: Schule, KI, SE-Beratung
- Berufsbildung: Berufskolleg, Jugendberufshilfe, z.T. Arbeitsverwaltung, Anerkennungsberatung
- Sprache: BAMF ((Jugend-)Integrationskurse), VHS, niedrigschwellige Angebote
- Arbeit: Ausländerbehörde (Arbeitserlaubnis), Arbeitsverwaltung (Jobcenter, Arbeitsagentur je nach Aufenthaltstitel)
- Gesundheit: Sozialamt (während Gestattung/Duldung), Ärzt*innen, Therapeut*innen
- Beratung/Begleitung: Wohlfahrtsverbände, kommunale Beratungsstellen, Nachbarschaftshilfen, Ehrenamtliche

Interferenz



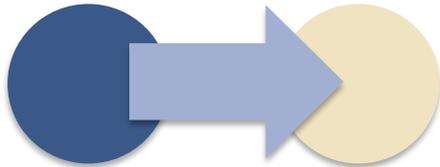
Überlappung von Zuständigkeiten; Thema betrifft Kernauftrag mehrerer Institutionen

Risiko:

Junge Migrant*innen und Geflüchtete sind im Zuständigkeitsbereich sowohl von integrationspolitischen Akteuren als auch von migrationspolitischen Akteuren: Gestaltung vs. Steuerung von Einwanderung

→ Problem **Zielkonflikte**

Transition



Wechsel der zuständigen Institution durch biografische Übergänge und/oder Wechsel im Rechtsstatus

Risiko:

Biographische Übergänge und Anspruchsvoraussetzungen einzelner Rechtskreise führen zu Zuständigkeitswechseln für junge Migrant*innen und Geflüchtete in Betreuung durch SGB II, III oder VIII – die Jugendlichen selbst haben darauf keinen Einfluss.

- Problem **Verlust von Informationen**
- Problem **Versorgungslücken**
- Problem **Brüche in Beratung und Hilfe**

Übergang in die Volljährigkeit

Führt oft zum Ende der Leistungen durch die Jugendhilfe und potenziell zum Rechtskreiswechsel in SGB II / III (je nach Aufenthaltstitel).

Kommunal sehr unterschiedliche Handhabung von Hilfen für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII)

- Folgen für die Betroffenen: veränderte Wohnsituation, Unsicherheiten in Bezug auf den Aufenthaltsstatus, weniger Begleitung im Alltag
- Möglicher Einfluss auf die Schullaufbahn: evtl. keine Rückzugsorte zum Lernen, neue Unsicherheiten und verringerte sozialpädagogische Begleitung verhindern ggf. erfolgreichen Schulbesuch
- Gestaltungsoptionen in der kommunalen Vernetzung: Hilfeplanforen, konkret geregelte Übergabe (Verfahrensregelungen)

Aufenthaltsrechtliche Veränderungen

Mit Anerkennung des Asylantrags gehen Jugendliche (bzw. deren Familien) von der Zuständigkeit des SGB III (Arbeitsagentur) in die Zuständigkeit des SGB II (Jobcenter) über.

Ende des Leistungsbezugs im SGB II

Ende der Betreuung durch das Fallmanagement des Jobcenters für Jugendliche in Bedarfsgemeinschaften (SGB II), wenn sie selbst oder ihre Eltern Arbeit finden und keine zusätzlichen aufstockenden Leistungen beziehen.

- Bedeutung für die Arbeitsverwaltung: Überleitungs- und Verknüpfungsbedarfe innerhalb eines Politikfeldes
- Bedeutung für die Bildungslaufbahn: Bereits begonnene Berufsorientierungsprozesse und Unterstützungen in diesem Bereich durch die Arbeitsverwaltung werden ggf. unterbrochen
- Gestaltungsoptionen in der kommunalen Vernetzung: „warme Übergabe“, Zusammenarbeit unter einem Dach

Der Übergang Schule-Ausbildung-Beruf: Bedeutung für junge Geflüchtete

Schule

- Bildungszertifikate als Grundlage für gelingende Integrationsverläufe (Berufskollegs in NRW mit vielfältigen Möglichkeiten zum Erwerb schulischer und beruflicher Abschlüsse)
- Soziale Teilhabe durch Schule
- Schule als Schutzraum
- Hohe Bedeutung von Berufsorientierung
- Recht auf Bildung: Schulbesuch unabhängig vom Aufenthaltsstatus, *aber* kein Schutz vor Abschiebung

Ausbildung / Beruf

- Hohe Relevanz von Bildungszertifikaten beim Zugang zu Ausbildung und Arbeit
- Aufenthaltsrechtliche Bestimmungen beschränken Handlungsoptionen
- Anreize für junge Menschen mit Duldung/geringer Bleibeperspektive: Ausbildungsduldung
- Berufliche Qualifizierung für viele Tätigkeiten unabdingbar

Reflexion

- Sensibilisierung für die Folgen der Rechtskreiswechsel für die Betroffenen
- Aufenthaltsrechtliche Unsicherheiten mitdenken und eigenes Handeln reflektieren
- Wechselseitige Wertschätzung / Kennenlernen

Auf gewachsenen Strukturen der Kooperation aufbauen

- Verstetigung und Formalisierung, bspw. durch Kooperationsvereinbarungen und konkrete Verfahrensregelungen zwischen Organisationen / Organisationseinheiten
- Bestehende Formate der Abstimmung um Akteure aus anderen relevanten Politikfeldern ergänzen

Schule miteinbeziehen

- Hohe Bedeutung von Schulsozialarbeit erkennen, Strukturen stärken und mit anderen Akteuren vernetzen
- Verschiedene Formate der Berufsorientierung stärker zusammen führen (bspw. KAOA und Jugendberufshilfe)

Aufenthaltsrechtliche Aspekte

Unsicherheiten in Bezug auf Aufenthaltstitel, lange Bearbeitungszeiten in den Ausländerbehörden, aber vielfach ausgesetzte Abschiebungen

Aspekte der Berufsorientierung

Schwierigkeiten in der Vermittlung von Praktikumsstellen / Berufsfelderkundung (KAoA)

Aspekte des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes

Exklusionsrisiken für junge Geflüchtete (und Neuzugewanderte) steigen in Phasen mit angespanntem Arbeitsmarkt durch ggf. verringerte Ausbildungsbereitschaft von Betrieben und weniger Neuanstellungen → besonders relevant für geduldete Menschen zur Sicherung des Aufenthaltsstatus durch Ausbildungsduldung

Aspekte der Beratung

Schwierigkeiten Beratungsstellen z.T. lange geschlossen (digitale Alternativen fehlen vielfach)

→ Hohe Relevanz von Beratung und Begleitung

→ Schule durch Corona vor großen Herausforderungen, aber in Präsenzphasen gute Erreichbarkeit der Zielgruppe in Schule

VIELEN DANK FÜR DIE AUFMERKSAMKEIT!

Marina Ruth

Abteilung Bildung, Entwicklung, Soziale Teilhabe (BEST)

Institut Arbeit und Qualifikation

Fakultät für Gesellschaftswissenschaften

Universität Duisburg-Essen

✉ marina.ruth@uni-due.de

☎ 0203 379 1817

🐦 @BEST_IAQ // @inzentim

Stöbe-Blossey, Sybille / Brussig, Martin / Ruth, Marina / Drescher, Susanne / Alfuss, Charlotte (2020): Schnittstellen in der Sozialpolitik: Differenzierung und Integration in der Absicherung sozialer Risiken. Endbericht des Projekts, gefördert vom BMAS-FIS. Duisburg: Institut Arbeit und Qualifikation. https://www.fis-netzwerk.de/fileadmin/fis-netzwerk/junIAQ_UDE_Endbericht_SoPoDI.pdf

Stöbe-Blossey, Sybille / Brussig, Martin / Ruth, Marina / Schulz, Susanne Eva (2019): Der komplexe Sozialstaat: Eine Heuristik zur Rekonstruktion von Schnittstellen. In: Sozialer Fortschritt 68 (10), S. 749–768.

Hagemann, Linda / Ruth, Marina / Alfuss, Charlotte (2019): Schnittstellen in der Sozialpolitik: Eine Analyse am Beispiel der Einrichtung von Jugendberufsagenturen. Duisburg: Institut Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, 2019-02. <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2019/report2019-02.pdf>